

# LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2016

## Baden-Württemberg



zur Landtagswahl am 13.03.2016

## ***Informationsfreiheitsgesetz (IFG) für Baden-Württemberg***

*gilt nicht für die einzelnen Bundesländer*

Am 01. Januar 2006 trat auf Bundesebene das Informationsfreiheitsgesetz oder vollständig „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes“ in Kraft. Dieses gilt jedoch nicht für die einzelnen Bundesländer. Wer bislang der Meinung war, dass Bundesgesetz Landesgesetz bräche (Art. 31 GG), der irrt in diesem Zusammenhang. Für einige Bundesländer gilt diese Möglichkeit der Informationsbeschaffung nicht. Unter anderem trifft dies auf Baden-Württemberg zu. Warum dies so ist, schreibt §1 des IFG vor – in für Laien kaum verständlicher Form.

Fakt ist, dass es damit unmöglich ist, an Informationen von Behörden zu gelangen.

*Steuersumme für Tierversuche muss nicht offengelegt werden*

Dies betrifft beispielsweise das dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz untergeordnete und für die Genehmigung von Tierversuchen zuständige Regierungspräsidium. Weder über die Herkunft, Anzahl und Art der verwendeten Tiere, die Dauer des Forschungsvorhabens und ggf. Verlängerungen, Beschreibung der Versuche noch über den Forschungszweck und angestrebten Nutzen wird Auskunft erteilt. Auch die Steuersumme, die für die Versuche an Tieren aufgewandt wurde, muss nicht offen gelegt werden.

*Behörden und Tierversuchs-Lobby ohne Kontrolle*

Petitionen als einziges mögliches Rechtsmittel werden abschlägig beschieden, wie jüngst im Zusammenhang mit den Tübinger Affenversuchen geschehen. Behörden und Tierversuchslobby können somit in Baden-Württemberg völlig ohne Kontrolle der Öffentlichkeit schalten und walten. Den Bürger\_innen ist jegliche Möglichkeit verwehrt, gegen Beschlüsse von Behörden vorzugehen oder deren Vorgehen nachzuverfolgen.



## **Informationsfreiheitsgesetz (IFG) für Baden-Württemberg**

Nach über 3 Jahren hat die grün-rote Landesregierung einen ersten Entwurf für ein landeseigenes IFG vorgelegt. Bei diesem ist jedoch zu kritisieren, dass sich das von Grün-Rot geplante IFG in Baden-Württemberg nicht am neuen Stand der IFGs anderer Bundesländer orientieren soll. So soll es Gebühren geben, die die Bürger\_innen vor seiner Anwendung abschrecken wird. Ebenso soll es eine „Missbrauchsregelung“ enthalten, um „die Funktionsfähigkeit der Verwaltung“ zu erhalten, die jedoch vielmehr den Behörden Missbrauch ermöglichen statt den Bürger\_innen ihr volles Recht auf Transparenz geben könnte.<sup>3</sup> Diese Einschränkungen lehnen wir ab. Wir fordern ein echtes und zeitgemäßes Informationsfreiheitsgesetz statt einem Alibi-Gesetz.

*abschreckende  
Gebühren*



**Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert daher, dass das Bundesgesetz der Informationsfreiheit durch ein nicht nur gleichlautendes, sondern weitergehendes Landesgesetz für Baden-Württemberg ergänzt wird! Es muss den Bürger\_innen möglich sein, Einsicht in die Vorgehensweise der Behörden zu erhalten.**

*Einsicht in die Vorgehens-  
weise der Behörden*

## **Bezahlbaren Wohnraum fördern statt teurer Luxuswohnanlagen**

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich für die verstärkte Schaffung von für alle bezahlbarem Wohnraum ein. Ein heterogenes Stadtbild und ein gedeihliches Miteinander kann nur dann geschaffen werden, wenn niemand absichtlich oder unabsichtlich ausgegrenzt wird. Die Errichtung von Luxuswohnanlagen ist an dieser Stelle kontraproduktiv.

*heterogenes Stadtbild  
statt Ausgrenzung*

Städte florieren nur, wenn ihrer Vielfalt Rechnung getragen und diese berücksichtigt wird, nicht aber, wenn sich Stadtbezirke isolieren und gar nach außen verbarrikadieren. Somit ist es unabdingbar, in für teure Wohnanlagen neu erschlossenen Gebieten auch gleichermaßen kleinere Wohneinheiten und auch Sozialwohnraum anzusiedeln.

<sup>3</sup><https://netzpolitik.org/2014/informationsfreiheitsgesetz-in-baden-wuerttemberg-eckpunktpapier-von-gruen-rot-enttauscht/>

Zivilisationskrankheiten  
durch Tierprodukte

übermäßiger Konsum  
von Tierprodukten

vegane Ernährung  
ökologisch und ethisch

mehr Angebote an veganen  
Mahlzeiten

## Gesünderes Essen in Kantinen und Krankenhäusern

Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen zählen zu den häufigsten Todesursachen (gem. Statistischem Bundesamt). Diese Zivilisationskrankheiten durch Tierprodukte sind wie z. B. auch Alzheimer, Diabetes, Impotenz, Arthrose und Übergewicht zu einem Großteil bedingt durch den Konsum von Tierprodukten.

Studienergebnisse kommen immer wieder zu dem Schluss, dass die vegane Ernährung die gesündeste ist. Zudem erreicht die Mehrheit der Deutschen nicht einmal die Empfehlungen hinsichtlich des täglichen Konsums von Obst und Gemüse. Gemäß der amerikanischen Academy of Nutrition and Dietetics (A.N.D., früher American Dietetic Association (ADA)), der weltweit größten und renommiertesten Gesellschaft für Ernährung (die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) muss als unseriös betrachtet werden<sup>4</sup>) sollte die Hälfte der täglichen Mahlzeiten aus Obst und Gemüse bestehen<sup>5</sup>. 45-65% der Nahrung sollten Kohlenhydrate sein<sup>6</sup>. Fleisch sollte nicht mehr als 1-2 Mal pro Woche konsumiert werden<sup>7</sup>. Betrachtet man die Speisepläne in vielen Kantinen, so stellt sich vor diesem Hintergrund ein fatales Bild dar: 2 von 3 Gerichten sind Fleischgerichte.

Unter ökologischen und ethischen Gesichtspunkten erweist sich die vegane Ernährung als schmackhafte und bekömmliche Alternative zu Gewohntem. Die Umweltbilanz fällt bei der Produktion von tierlichen Nahrungsmitteln hinsichtlich Wasserverbrauch, Flächenverbrauch und langen Transportwegen wesentlich schlechter aus als bei der Produktion pflanzlicher Nahrung. Deshalb muss jeder Kantinennutzer täglich zwischen herkömmlicher und veganer Ernährung wählen können.

**Wir fordern daher für Einrichtungen des Landes (Universitäten, Schulen, Krankenhäuser, Landesverwaltung und Kommunen, Gefängnisse, staatliche Pflege- und Altenheimen etc.) die Umkehrung des Speisenangebotes hin zu einer pflanzlichen Ausrichtung: Mindestens ein angebotenes Gericht sollte vegan sein. Die in den Landes-Kantinen tätigen Köche sowie das Küchenpersonal sollten an entsprechenden Schulungen teilnehmen.**

<sup>4</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Gesellschaft\\_f%C3%BCr\\_Ern%C3%A4hrung#Kritik](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Gesellschaft_f%C3%BCr_Ern%C3%A4hrung#Kritik)

<sup>5</sup><http://www.sharecare.com/health/healthy-eating-guidelines/how-many-vegetables-should-i-eat>

<sup>6</sup><http://www.sharecare.com/health/carbohydrates/carbohydrate-consume>

<sup>7</sup><http://www.sharecare.com/health/eating-habits-nutrition/serving-size-meat>

## Schulreform

Schüler\_innen leiden häufig unter der Fülle an zu lernendem Faktenwissen vieler verschiedener Schulfächer. Dabei bleibt wenig Freiraum für eigenständiges Lernen und Denken sowie das Setzen eigener Schwerpunkte, die den individuellen Fähigkeiten und Interessen der Schüler\_innen entsprechen. Um die Motivation für die Schule zu steigern, wäre es sinnvoll, Kindern und Jugendlichen nach dem Kennenlernen der Grundlagen der verschiedenen Fächer früher die Möglichkeit zu geben, sich zu entscheiden, in welchen Bereichen sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten vertiefen wollen. Zudem sollten Grundlagen- und Methodenkenntnis, soziale Kompetenzen, Kreativität und (Tier-)Ethik Vorrang vor Detailwissen haben.

wenig Freiraum für  
eigenständiges Lernen  
und Denken

### Daher fordern wir:



Die Reform der damaligen Bildungsministerin Schavan ist wieder abzuschaffen.

- Gewisse Grundlagen sollten freilich für alle Schüler\_innen unterrichtet werden, jedoch nur bis zu einer bestimmten Klassenstufe.
- Danach sollte der/die Schüler\_in die Fächer nach eigenen Präferenzen zusammenstellen können. Verpflichtend sollten nur noch eine bestimmte Anzahl von Fokusfächern sowie spezifische Fächer wie Englisch, Ethik und Sport sein, da die Weltsprache zur Völkerverständigung unerlässlich ist, ethisches Verhalten in jeglichen Lebensbereichen vom Privaten bis zum Beruflichen das Wichtigste ist, das über allem anderen stehen sollte sowie da Sport maßgeblich zur Gesundheit beiträgt.
- Für alle oder einen Großteil der Schüler\_innen geltende allgemeine Sportkurse sollten ab einer gewissen Klassenstufe abgeschafft werden, sodass das weit verbreitete Mobbing auf Grund schlechter sportlicher Leistungen in bestimmten Sportarten vermindert werden kann sowie sich möglichst niemand zum Sport gezwungen fühlt. Stattdessen sollten individuelle Kurse für einzelne Sportarten eingeführt werden, die die Schüler\_innen je nach Präferenz wählen können. So sollte es möglich sein, für jede\_n eine Sportart zu finden, die ihm/ihr Spass macht, wovon die Fitness und Gesundheit der Heranwachsenden profitieren werden.

verpflichtend  
nur Fokusfächer

mehr Flexibilität  
im Sportunterricht

## Schulreform

aus Religion wird  
das Fach Ethik

mehr Pädagogik  
und Psychologie



Das Fach Religion ist in einem säkularen Staat abzuschaffen. Stattdessen muss das Fach Ethik für alle ab der 1. Schulklasse verbindlich und darin Tierrechtsphilosophie eingebunden werden. Alle Religionen sollen in Ethik erklärt und diskutiert werden.

- Darüber hinaus müssen umweltschutzrelevante und ethische Aspekte in alle Fächer integriert werden, denn eine gesunde Umwelt bzw. ein intakter Lebensraum für alle Menschen und Tiere sowie ethisches Verhalten im späteren Beruf sollten die Maxime des Handelns sein und nicht überwiegend Profitorientierung.
- Weiterhin ist ein Fokus auf Pädagogik und Psychologie bei der Lehrerausbildung unerlässlich, denn die Vergangenheit hat oft und deutlich genug gezeigt, dass das nahezu völlige Ausblenden von Pädagogik in den allermeisten Lehramtsstudiengängen fatale Folgen auf den Schulalltag haben kann. Unzählige Fälle von Mobbing und Ausgrenzung sowie daraus folgenden psychischen Krankheiten bis hin zu Selbstmorden und Amokläufen haben uns dies eindrucksvoll vor Augen geführt. Lehrer müssen, insbesondere angesichts der Zunahme von Ganztagschulen, viel mehr auf Schüler\_innen eingehen sowie Probleme erkennen und lösen können. Zudem ist die Zahl der Schulpsychologenstellen weiter zu erhöhen.



## Schulreform



Barrieren für körperlich behinderte Schüler\_innen müssen an Schulen endlich vollumfänglich abgebaut werden, um ihnen eine problemlose Teilnahme am Schulalltag zu ermöglichen. Ebenso muss mehr dafür getan werden, geistig behinderte Schüler\_innen integrieren zu können, wenn diese das wünschen und es mit den Unterrichtszielen vereinbar ist. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen sie anderweitig ausreichende Möglichkeiten haben, intensiven Kontakt mit nicht behinderten Kindern und Jugendlichen zu haben. Hierzu sind zusätzliche Freizeitangebote und gemeinsame Veranstaltungen zu schaffen.

- Die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund muss mehr gefördert werden. Um eine bestmögliche Förderung in diesem Bereich zu realisieren, sollte eine Erhöhung vorhandener Fördermittel erfolgen, um bereits bestehende Strukturen weiter auszubauen. Damit meinen wir z.B. eine Dezentralisierung von Sprachkursen für Schüler mit Migrationshintergrund, da weite Wege häufig dazu führen, dass solche Angebote nicht angenommen werden. Auch durch eine Intensivierung von freizeitpädagogischen Maßnahmen im Allgemeinen können sprachliche Barrieren abgebaut werden. Dies setzt natürlich die Teilhabe an solchen Projekten voraus, was impliziert, dass Familien mit Migrationshintergrund in solche Prozesse mit eingebunden werden, um von besagten Förderungsmöglichkeiten Kenntnis zu erlangen, bzw. damit ihnen der praktische Nutzen solcher Maßnahmen für ihre Kinder erläutert werden kann.
- Die von der grün-roten Landesregierung mit dem neuen Bildungsplan eingeführten Maßnahmen zur Entstigmatisierung, Entdiskriminierung und Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intersexuellen und queeren Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen befürworten wir ausdrücklich und wollen sie weiter ausbauen. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass die Schule massiv dazu beiträgt, dass sich niemand auf Grund seiner/ihrer sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität ausgegrenzt fühlt, die Meinung bekommt, "krank", weil anders zu sein oder gar gemobbt wird, was heutzutage leider immer noch bittere Realität in den Schulen des Landes ist.

Ausbau der  
Inklusionsmöglichkeiten

bestmögliche Förderung  
von Schülern mit  
Migrationshintergrund

„krank“ und „anders sein“  
war gestern

## **Einführung des Gesundheits- und Ernährungsunterrichts**

In unserer Gesellschaft wird zu Recht ein zunehmend kritischer Anspruch an das Thema Gesundheit und Ernährung gestellt. Das Gut, das wir zum Leben am vordringlichsten benötigen, ist eine intakte gesundheitliche Verfassung, physisch und mental. Hierfür sind nicht nur eine förderliche Lebensführung wichtig, sondern auch die Grundlagen, die unsere körperlichen Ressourcen bilden.

Heutzutage treffen wir die Entscheidung, welche Nahrungsmittel aus welcher Herkunft tierlichen oder pflanzlichen Ursprungs uns Energie liefern sollen, aus den unterschiedlichsten Beweggründen:

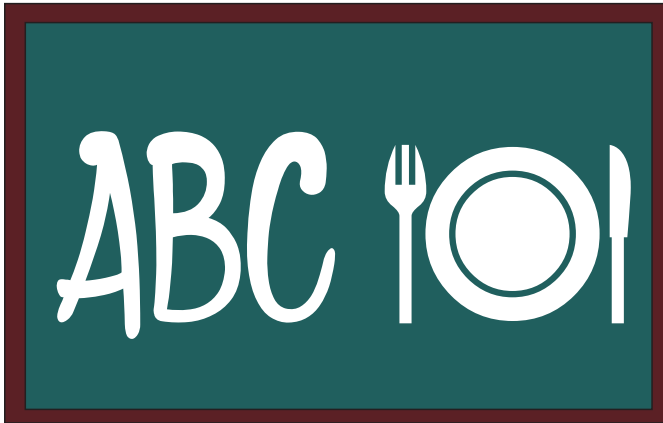


Ist die vegane, vegetarische Ernährung, oder eine auf tierischer Basis die vernünftige Entscheidung?

- Gibt es religiöse Gründe für bestimmte Ernährungsformen?
- Soll ich mich mit Bio-Lebensmitteln ernähren?
- Soll meine Nahrung ökologischer Abstammung und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein?
- Was ist die Folge für unsere Umwelt und wie wichtig ist die Schonung unserer Ressourcen wie z. B. die von Wasser bei der Gewinnung von Nahrungsmitteln?
- Wie viele Lebensmittel landen unberührt im Müll Jahr für Jahr wegen einer Überproduktion?
- Wollen und dürfen wir das Prinzip 'Jedes Nahrungsmittel ist verfügbar zu jeder Zeit' weiter beibehalten, oder können wir uns wieder mehr auf regionale saisonale Produkte mit Einschränkungen besinnen?
- Welche Folgen hat unser Essverhalten auf die Tierhaltung und wie haben sich unsere Essensgewohnheiten im Laufe der letzten Jahre verändert?
- Was ist sinnvoll und was eher bedenklich?

Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, werden die Einführung eines Gesundheits- und Ernährungsunterrichts an Schulen fördern und klar vertreten, denn wir sind davon überzeugt, dass ein Bewusstsein für die eigene gesunde Ernährung und die Prävention zur Erhaltung unserer Gesundheit bereits im Kindesalter gefördert werden müssen. Die heutigen Erkenntnisse zur gesunden Ernährung, unter Berücksichtigung einer zunehmend unvermeidbaren Massenproduktion von Nahrungsmitteln, ist so weit fortgeschritten und gleichzeitig mangelt es immer öfter an gesunder

## ***Einführung des Gesundheits- und Ernährungsunterrichts***



Ernährung schon bei jungen Menschen, zumal auch das Angebot an Fastfood und Fertiggerichten einen immer größeren Markt findet.

Ein Gesundheits- und Ernährungsunterricht bietet Platz für eine Vielzahl von Themen, welche gerade für Kinder und Heranwachsende eine wichtige Rolle spielen. Drogen wie Alkohol, die richtige Ernährung, Sport und die körperliche Entwicklung sind gerade bei jungen Menschen sehr wichtige Erfahrungen, mit denen ein angemessener Umgang zu vermitteln ist. Kompetente Fachkräfte wie Ernährungsberater, Drogenbeauftragte, Tierschutzbeauftragte mit spezieller Befähigung zur Unterrichtung an Schulen und Lehrkräfte, die Schüler und Schülerinnen altersgerecht informieren und den Grundstein für die Zusammenhänge zwischen Mensch, Tier und Umwelt vermitteln, sind bereits existente Projekte, die wir gerne als Unterrichtsform intensiv fördern möchten.

*altersgerecht  
informieren*

Wir fordern daher ein Recht auf Aufklärung und Beratung zum Wohle von Gesundheit und Umwelt ab dem Kindes- und Jugendalter.

Wichtig ist uns bei dieser Schulreform, dass die Lehrerschaft stark in ihre Ausarbeitung im Detail mit eingebunden wird.



## Hochschulpolitik



unerlässliche strukturelle  
Förderung

Um die komplexen Herausforderungen unserer Gesellschaft in Bereichen wie der sozialen Gerechtigkeit, der Energiewende oder der Umstellung der Forschung auf tierversuchsfreie Methoden zu meistern, brauchen wir gut ausgebildete junge Akademiker, die gelernt haben, selbstständig, problemlösungsorientiert und innovativ zu denken und zu handeln. Dazu ist eine gute finanzielle und strukturelle Förderung der Universitäten und Hochschulen unerlässlich. Doch diese sind oftmals knapp bei Kasse.

mehr Zeit zum Lehren  
anstatt Geld einzutreiben

Die Ausbildung der Studierenden, verantwortungsvolle Hauptaufgabe der Hochschulen, wird häufig auf befristet angestellte und schlecht bezahlte studentische Hilfskräfte oder Lehrbeauftragte abgewälzt, während Professor\_innen teilweise eher damit beschäftigt sind, Verwaltungsaufgaben zu bearbeiten oder Drittmittel einzutreiben. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, muss eine verlässliche Finanzierung der Universitäten und Hochschulen gesichert werden. Der Hochschuldidaktik muss ein höherer Stellenwert zukommen, sowohl durch finanzielle Anreize als auch durch strukturelle Änderungen. Bei der Berufung von Professor\_innen beispielsweise muss mehr Wert auf didaktische Fähigkeiten als auf Forschungserfolge und das Eintreiben von Fördergeldern gelegt werden. Außerdem müssen Lehrende in ihrem Arbeitsalltag die Zeit haben, innovative Lehrkonzepte zu entwickeln, die Verständnis, Motivation und Selbstständigkeit der Studierenden fördern, sowie auf individuelle Bedürfnisse der Studierenden einzugehen.

Gute, anspruchsvolle Lehre kann vor allem durch eine Stärkung des

## **Hochschulpolitik**

universitären Mittelbaus erreicht werden. Anstelle von befristeten, oft prekären Arbeitsverhältnissen müssen mehr unbefristete Stellen für talentierte Dozent\_innen geschaffen werden. Damit Nachwuchswissenschaftler früher eigenständig forschen und lehren können, brauchen wir zudem mehr Juniorprofessuren.

*mehr unbefristete  
Stellen*

Die Umsetzung der tiefgreifenden Bologna-Hochschulreform mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge weist einige Schwächen auf. Studierende leiden unter der Fülle an Lernstoff und einer unnötig hohen Prüfungsdichte. Diese muss reduziert werden, damit die Studierenden genug Freiraum für eigenständiges Lernen und Denken, eigene Schwerpunkte und den Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin haben. Auch für Auslandsaufenthalte und Praktika müssen Studierende in Zukunft wieder mehr Zeit haben. Grundlagen- und Methodenkenntnis muss Vorrang haben vor allzu großer Spezialisierung auf Detailwissen. Wichtig ist außerdem, dass Studierende, die erfolgreich ihr Bachelor-Studium absolviert haben, Anspruch auf einen Masterstudienplatz erhalten.

*unnötig hohe  
Prüfungsdichte*

Auch die Situation der Promovierenden ist verbesserungswürdig. Doktorand\_innen leisten einen erheblichen Beitrag zu Forschung und Lehre an den Universitäten, der entsprechend honoriert werden muss. Wir fordern deshalb eine ausreichende, einheitliche Bezahlung sowie soziale Absicherung für Doktorand\_innen.

*Doktorand\_innen  
besserstellen*

## ***Überarbeitung des Systems Beamte / Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst mit Ziel Gleichbehandlung***

*deutlich weniger Abzüge  
bei Beamten als bei  
Teilzeitbeschäftigten*

Immer häufiger nehmen Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst bei gleicher Qualifikation die gleichen Aufgaben wie ihre verbeamteten Kolleg\_innen wahr. Durch unterschiedliche Rechtsverhältnisse bei Beamten (Dienstverhältnis) und Beschäftigten (Vertragsverhältnis) ergeben sich häufig Nachteile für die Beschäftigten. Dies zeigt sich am deutlichsten beim Verdienst. Beamte haben deutlich weniger Abzüge vom Bruttoverdienst als Tarifbeschäftigte. Vom Beamtensold werden lediglich die Steuern und die Beiträge für die private Krankenkasse abgezogen. Krankheitskosten sind in Teilen beihilfefähig.

*gleiche Arbeit muss  
gleich bewertet werden*

Vom Beschäftigtengehalt werden wesentlich höhere Sozialabgaben abgezogen. Es bleibt bei Beamten also deutlich mehr netto übrig. Die durchschnittlichen Pensionen sind höher als die Rente. Auch im Arbeitsalltag zeigen sich häufig Unterschiede zum Nachteil der Tarifbeschäftigten wie z.B. Krankheit mit/ohne Krankmeldung, Jubiläumsgaben, Beförderungsmöglichkeiten, Fortbildungsangebote. Die wenigen Vorteile für Tarifbeschäftigte wie Streikrecht und Tarifvertrag wiegen die Nachteile bei weitem nicht auf.

**Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, setzen uns für die Überarbeitung und Angleichung beider Rechtsverhältnisse ein, denn gleiche Arbeit muss gleich bewertet werden.**

## Asylrecht

Obwohl Ministerpräsident Kretschmann eine „humane Abschiebepolitik“ versprochen hatte, wurden unter der grün-roten Landesregierung im Dezember 2014 knapp einhundert Flüchtlinge von Baden-Württemberg aus abgeschoben, wohingegen Regierungen anderer Bundesländer Winterabschiebestopps verhängen. Diese Menschen, hauptsächlich Sinti und Roma, darunter auch Kinder, wurden mitten im Winter einem ungewissen Schicksal überlassen, wohlwissend, dass beispielsweise Roma in Serbien stigmatisiert und diskriminiert werden.

*nicht hinnehmbare  
Abschiebepolitik*

Für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ist eine solche Abschiebepaxis nicht hinnehmbar. Wer aus eindeutig politischen, rassistischen, sexistischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, an Hunger leidet oder auf Grund von Krieg oder Bürgerkrieg aus seinem Land flüchtet, muss nach genauer Prüfung Asyl finden.

### Dezentralisierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Wir setzen uns für eine Dezentralisierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ein:

Das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) und das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sehen grundsätzlich vor, dass Asylsuchende und Geduldete in Wohnheimen oder Lagern wohnen sollen. Auch Menschen, die aus humanitären Gründen ein Bleiberecht erhalten haben, müssen oft jahrelang dort leben. Flüchtlingslager liegen oft fernab der Innenstädte. Mehrere Personen leben auf engstem Raum zusammen. Toiletten, Duschen und Küche werden von vielen Hausbewohnern geteilt. Allerdings haben die einzelnen Bundesländer Ermessensspielraum und können sich auch für die Unterbringung in Privatwohnungen entscheiden. Das macht zum Beispiel Berlin.

*flexiblere  
Unterkunftsmöglichkeiten*

Eine solche dezentrale Unterbringung schützt nicht nur das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben besser, sondern ist auch billiger für die Staatskasse. Das Recht, Ehepartner oder Kinder aus dem Fluchland nachkommen zu lassen, haben bisher nur anerkannte Flüchtlinge. Asylsuchenden, Geduldeten und Menschen, die ein humanitäres Aufenthaltsrecht erhalten, muss dieser Familiennachzug auch gestattet werden.

Eine Dezentralisierung von Menschen, die in Deutschland als Flüchtlinge

## Asylrecht



leben, ermöglicht nicht nur eine deutlich höhere Chance auf ein besseres Verständnis und menschliches Miteinander, sondern auch auf eine zügigere Integration innerhalb von Deutschland.

### Anerkennung von Ausbildungsnachweisen

Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten und keine Ausbildung machen. Für Asylsuchende und Geduldete ist die Arbeit in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten. Auch danach haben sie zumeist kaum Chancen auf einen Job, weil es "bevorrechtigte Arbeitnehmer" gibt. Dies sind Deutsche, aber auch EU-Ausländer oder anerkannte Flüchtlinge. Nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland dürfen Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge - ohne die oben beschriebenen Einschränkungen - arbeiten. Das Recht, aber auch die Pflicht, einen Integrationskurs zu machen, haben anerkannte Flüchtlinge. Dieser Kurs besteht hauptsächlich aus Deutschunterricht. Alle anderen Flüchtlinge müssen sich selbst um das Erlernen der deutschen Sprache kümmern und die Kosten dafür tragen.

Einen Kurs können viele nicht bezahlen. Die Anerkennungsverfahren für Berufsabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, sind teils kompliziert und nur im Idealfall innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen. Sofern erforderliche Dokumente nicht beizubringen sind, erschwert sich eine Nachweisbarkeit und eine nachträgliche Qualifikation zur Anerkennung ist erforderlich. Wir setzen auf faire Chancen für Menschen, die bereits eine Qualifikation in einem Beruf erworben haben, um auch hier in Deutschland

Arbeitserlaubnis  
erteilen!

nutzbare  
Qualifikation

## Asylrecht

bei geeigneter Qualifikation schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Denn nur wer für seinen Lebensunterhalt selber aufkommen kann, wird einen weiteren wichtigen Beitrag zur sozialen Absicherung unserer Gesellschaft leisten und unabhängig von Dritten seine eigene Existenz absichern können.

### **Züige Integrationsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt**

**Wir fordern eine Vereinfachung der Asylverfahren, damit Flüchtlinge schnellstmöglich und vollumfänglich in das gesellschaftliche Leben sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland integriert werden und damit ihren eigenen Unterhalt erarbeiten und ihren Beitrag zu unserem Sozialsystem erbringen können. Dies ist entscheidend für ein würdevolles Leben und für die Akzeptanz in der Bevölkerung.**

## Ehrenamtliches Engagement

Der Arbeitsalltag mit steigender zeitlicher und oft auch psychischer Belastung wird von vielen als zu anstrengend und stressig empfunden, um sich nebenbei noch ehrenamtlich zu engagieren, insb. bei Vollzeitbeschäftigung. Deshalb setzt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz für eine Verbesserung der Lebensqualität durch eine generelle Verringerung der Arbeitszeit ein.

Trotz der hohen Alltagsbelastung engagieren sich viele Menschen in Baden-Württemberg auch bisher schon ehrenamtlich, beispielsweise in sozialen Organisationen, im Tier- oder Umweltschutz oder bei der Feuerwehr. Damit leisten sie einen wichtigen und wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben, zur Verbesserung der Situation Hilfsbedürftiger oder zur Sicherung der Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen.

Dies muss angemessen gewürdigt und unterstützt werden. Wir wollen Netzwerke zur Vermittlung, Beratung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen auf Landesebene ausbauen und zusätzliche Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen, wie beispielsweise durch die Bescheinigung aller ehrenamtlichen Tätigkeiten und dabei erworbenen Qualifikationen in Ehrenamtpässen und -zertifikaten oder die Einführung einer Ehrenamtskarte, mit der Engagierte z.B. vergünstigten Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen erhalten. An Freiwilligentagen sollen Interessierte zudem die Möglichkeit bekommen, ehrenamtliche Tätigkeiten unverbindlich auszuprobieren.

*zusätzliche Anreize  
durch Ehrenamtpässe*

## ***Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen***

Wir wollen mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Die bisher von der grün-roten Landesregierung vorgelegten Konzepte sind ein erster Schritt, jedoch bei weitem nicht ausreichend.

*geringster Frauenanteil  
in ganz Deutschland*

Das Landtagswahlrecht muss dringend überarbeitet werden. Es ist das älteste und undemokratischste Landtagswahlrecht in ganz Deutschland. Dies zeigt sich u. a. auch im mit 20,3 % geringsten Frauenanteil in ganz Deutschland: "Bis zum Jahr 2004 pendelte sich der Frauenanteil in deutschen Länderparlamenten [...] auf durchschnittlich 30 Prozent ein. Nur in Baden-Württemberg wurde dieser Wert noch nie erreicht."<sup>1</sup>

*mehr Flexibilität  
für kleine Parteien*

In allen 70 Wahlkreisen je einen Kandidierenden aufzustellen, wofür allein schon je 3 Mitglieder pro Wahlkreis notwendig sind, ist für kleine Parteien quasi unmachbar und eine unnötige Hürde. Die Abschaffung der Wahlkreise und eine Landesliste, die auf einer Landesmitgliederversammlung beschlossen werden kann, wäre für eine Wahl, bei der es um die Geschicke des ganzen Landes und nicht eines einzelnen Wahlkreises geht, angemessen und würde den Frauenanteil deutlich steigern.

*Abschaffung  
der 5%-Hürde*

Die 5%-Hürde führt dazu, dass enorme Anteile von Wählern nicht im Landtag vertreten sind und sie daher auch zunehmend politikverdrossen werden. Echten Alternativen, die viele Menschen in kleinen oder neuen Parteien sehen, wird der Einzug ins Parlament dadurch extrem erschwert. Gleiches gilt für die mit 150 pro Wahlkreis (= 10.500 landesweit) enorm hohe Anzahl Unterstützungsunterschriften, die noch nicht im Landtag vertretene Parteien landesweit sammeln müssen, um überhaupt antreten zu dürfen (vgl. Europawahl 4.000 bundesweit). Beides muss daher abgeschafft oder zumindest deutlich verringert werden.

*Präferenzwahlrecht für  
mehr Bürgerrepräsentation*

Eine weitere, äußerst sinnvolle Maßnahme zur Bekämpfung der Politikverdrossenheit sowie Stärkung der Demokratie und Bürgerrepräsentation ist die Einführung des Präferenzwahlrechts statt nur einer Stimme. Die Bürgerinnen sollen mehrere Stimmen vergeben können, um zu signalisieren, welche Parteien sie präferieren, sollte ihre erste Wahl nicht in den Landtag einziehen.

<sup>1</sup> [http://www.lpb-bw.de/frauenanteil\\_laenderparlamenten.html](http://www.lpb-bw.de/frauenanteil_laenderparlamenten.html)



## ***Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen***

Ein wesentlicher Grund für die Politikverdrossenheit der Bevölkerung liegt zudem in der fehlenden Möglichkeit begründet, selbst mitentscheiden zu können. Sie hat zunehmend den Eindruck nichts entscheiden zu können, da die etablierten Parteien ohnehin alle ähnliche Politik machen und sie selbst nie konkret gefragt werden. Baden-Württemberg liegt im bundesweiten Ranking für Volksentscheide von Mehr Demokratie auf dem letzten Platz.<sup>2</sup>

*letzter Platz im Ranking von  
„Mehr Demokratie“*

### **Dies muss sich dringend ändern!**

Die Demokratie ist eine der wichtigsten Errungenschaften der modernen Gesellschaft und darf nicht weiter zurückgedrängt, sondern muss wieder ausgebaut werden, wenn wir dieses hohe Gut erhalten und zukunftsfähig machen wollen.

Vereine wie Mehr Demokratie wollen wir bei der konkreten Ausarbeitung und Umsetzung dieser Punkte eng einbeziehen.

### **Wir fordern:**



- eine Abschaffung oder deutliche Reduzierung der Quoren bei Bürgerentscheiden, um ehrenamtliches Engagement für bestimmte Ziele zu motivieren und nicht als aussichtslos erscheinen zu lassen**
- **generell deutlich mehr Entscheidungen mit verpflichtender Bürgerbeteiligung**
- **ausreichend lange Fristen, um die geforderten Unterschriften zu sammeln**
- **deutlich mehr Volksentscheide auf Landesebene**

*verpflichtende  
Bürgerbeteiligung*

[http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksentscheidsranking\\_2013.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksentscheidsranking_2013.pdf)

## Energieeffizienz

Energiewende  
heimlich verwässert

Angela Merkel nutzte die Nachwehen der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 geschickt dazu, den verunsicherten Bürgern einen hastigen Atomausstieg und die „Energiewende“ zu versprechen, um sich Stimmen zu sichern. Was im Zuge der noch frischen Wunde bejubelt und angenommen wurde, wurde mit dem langsamen Vergessen der Katastrophe nach und nach schleichend und heimlich verwässert. Die großen Energiekonzerne und die Atom- und Kohlelobbies wehren sich vehement gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Daher müssen wir ihnen stark und deutlich entgegentreten und die Förderung der Erneuerbaren wieder verstärken.



Förderung von  
Bürgerkraft-Gesellschaften

Die Atom- und Kohleindustrie sieht nur das schnelle Geld, jedoch nicht die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen oder die ungelöste Frage der Endlagerung. Wir stehen für eine nachhaltige, auf die Zukunft ausgerichtete Energiepolitik mit einer Förderung von Solarenergie, Wasser- und Windkraft, nicht nur für Großanlagen, sondern auch insbesondere im Bereich der regionalen Energieerzeugung direkt am Wohnort. Menschen, die nicht die Möglichkeit einer eigener Solaranlage auf dem Hausdach haben, können durch die Förderung von Bürgerkraft-Gesellschaften in die dezentrale Energieerzeugung einbezogen werden.

## Energieeffizienz

Weiterhin muss die Energieeffizienz bereits bestehender Anlagen und Systeme verbessert werden, denn auch verschwendete und nicht genutzte Ressourcen sind nicht nachhaltig. Deshalb stehen wir für die Förderung von Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungen, Hybridsysteme, Minikraftwerke, intelligente Heizungs- und Stromsysteme und die Umstellung auf LED-Technik.

Verschwendung  
beenden

Einen ebenso äußerst wichtigen Aspekt stellen in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten Energie zu speichern dar. In diesem Bereich muss dringend mehr geforscht und investiert werden, sodass die ersten Ansätze marktreif und bestehende Möglichkeiten genutzt werden können. Die Umwandlung von Energie in Gas erscheint hier vielversprechend und muss gefördert werden.

Energiespeicher  
fördern

Letztendlich muss alles menschenmögliche dafür getan werden, dass wir so schnell wie möglich aus der gefährlichen Atomkraft sowie der für das Klima fatalen Kohlekraft aussteigen können. Mittelfristig gilt dies auch für Gaskraftwerke, denn um wenigstens nur die weniger schlimmen Szenarien bzgl. des Klimawandels durchmachen zu müssen, müssen wir so bald wie möglich aufhören fossile Energieträger zu verbrennen. Die Sonne bietet mehr als genug Energie um die ganze Welt mehrfach mit ausreichend Energie zu versorgen. Wir müssen sie nur nutzen.

mehr die  
Sonne nutzen

Bei allen diesen Aspekten sollten die baden-württembergischen Unternehmen eine entscheidende Rolle spielen, denn im "Ländle" gibt es zahlreiche Hochtechnologiefirmen, die bereits ihren Teil zur Energiewende beitragen, welcher jedoch noch deutlich ausgebaut werden kann. Dies betrifft insbesondere die baden-württembergische Automobilindustrie. Der Fokus auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ist eine wirtschaftliche Chance für den Industrie-Standort Baden-Württemberg. Die Förderung umweltfreundlicher, ressourcenschonender Kraftwerke, Anlagen, Maschinen und Fahrzeuge sowie sonstiger Produkte und Produktionsprozesse innovativer mittelständischer Unternehmen kann durch steigende Exporte nicht nur Arbeitsplätze in Baden-Württemberg schaffen, sondern auch weltweit zum Klimaschutz beitragen.

Förderung innovativer  
mittelständischer  
Unternehmen

## Verkehr



*bessere Vernetzung des  
öffentlichen Nahverkehrs*

Zum Zweck der Eindämmung von Treibhauseffekt und Umweltverschmutzung ist es unumgänglich, den öffentlichen Personenverkehr verstärkt zu fördern. Damit der öffentliche Nah- und Fernverkehr für alle beruflichen und privaten Fahrten eine praktikable Alternative zum Automobil wird, muss er weiter ausgebaut und seine einzelnen Komponenten besser vernetzt werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass auch kleinere Gemeinden tagsüber, abends und auch an Wochenenden mindestens stündlich angefahren werden. Dies kann durch eine intelligente Kombination von S-Bahn, Bus und Anrufsammeltaxi realisiert werden. Zudem kann ein direkter Anschluss des Regionalverkehrs an den innerstädtischen S-Bahn-Verkehr nach dem Karlsruher Modell einen wertvollen Beitrag leisten. Wir wollen derartige Konzepte auch in anderen Städten und Regionen fördern. Auch das Angebot an Nachtzügen und -bussen sollte ausgebaut werden. Die Zersplitterung des Netzes in mehr als 20 Verkehrsverbünde mit unübersichtlicher Gestaltung von Preisen, Zonen und Konditionen sollte vermindert werden. Wir streben einen einheitlichen, bezahlbaren Tarif für ganz Baden-Württemberg an. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass Fahrräder überall problemlos in der Bahn mitgenommen werden können. Um das Potenzial der umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad auszuschöpfen, ist bei der Verkehrsplanung besonders auf die Belange von Fußgängern und Radfahrern zu achten. Dazu gehören

## Verkehr

flächendeckend übersichtliche sowie sichere Radwege und Fußgängerüberwege.

Die weltweit geschätzte baden-württembergische Automobilindustrie mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen, auch in unzähligen Zulieferbetrieben, muss deutlich zukunftsorientierter werden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, aber auch ihren Teil zum Klima- und Umweltschutz sowie der Ressourcenschonung beizutragen. Hierbei ist es entscheidend, dass das Land die Entwicklung von spritsparenden und v. a. solchen Fahrzeugen mit innovativen Antriebskonzepten wie etwa dem Hybrid-, dem Wasserstoff- oder dem Elektroauto fördert.

*innovative Antriebs-  
techniken fördern*

Einen weiteren wichtigen Aspekt im Bereich des Individualverkehrs stellen Carsharing-Konzepte dar. Hierbei sind Tübingen, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Friedrichshafen, Konstanz und Kempten Vorreiter, deren Modelle weiter ausgebaut und auch in andere Städte getragen werden müssen.

### **Verbesserung des Verkehrsflusses (Grüne Welle bei x km/h, je nach Örtlichkeit)**

Durch das Stehen an der roten Ampel wird nicht nur Zeit und Kraftstoff verschwendet, die Emissionswerte steigen ebenfalls enorm. Deshalb fordern wir eine Überprüfung und Überarbeitung der Ampelanlagen in Baden-Württemberg.

*Emissionswerte  
deutlich senken*

Eine Belebung der Innenstädte kann nur dann funktionieren, wenn diese auch für jeden Verkehrsteilnehmer problemlos erreichbar sind.

## Förderung regionaler Märkte (Landwirtschaft/Lebensmittelhandel)

In den letzten Jahren hat beim Konsumenten ein Sinneswandel eingesetzt. Der Bürger ist mittlerweile bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, wenn er dafür eine entsprechend höhere Qualität erhält.

Es ist Irrsinn, zum Beispiel Äpfel aus Südafrika zu importieren. Ebenso werden Tonnen Futtermittel importiert, für deren Erzeugung ganze Regenwälder in der so genannten dritten Welt gerodet werden, um hier Masttiere, unter unsäglichen Qualen, zu produzieren, sie in Osteuropa schlachten zu lassen, wieder nach Deutschland zu importieren, die Reste wieder in die dritte Welt zu exportieren und dort den regionalen Bauern die Lebensgrundlage zu nehmen. Allein diese unsinnigen Transporte tragen einen großen Anteil zum Klimawandel bei. Außerdem geht durch diese Prozedur jedwede Transparenz und Qualität verloren.

unsinnige Transporte  
stoppen



Die Zukunft kann nur in einer regionalen, biologischen und kleinbäuerlichen Landwirtschaft liegen. Die regionale Produktion bietet dem Verbraucher wesentlich mehr Transparenz, schont die Umwelt durch kürzere Transporte und sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit, sowohl bei den Landwirten hier vor Ort, als auch in den Entwicklungsländern. Die bäuerliche Landwirtschaft wurde von Generation zu Generation weitergegeben, somit war dem Landwirt klar, dass er durch geeignete Fruchtfolge die Fertilität seiner Äcker erhalten muss, um sich oder seinen Kindern nicht die Lebensgrundlage zu nehmen. Zu dieser Art Landwirtschaft gilt es zurück zu kehren, wenn wir auf Dauer unsere Lebensgrundlage auf diesem Planeten erhalten wollen.

regionale, bäuerliche  
Landwirtschaft fördern

Darum setzt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz entschieden für eine Förderung regionaler Produktion und Märkte ein.

## Verbandsklagerecht



Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 06.05.2015 das Mitwirkungs- und Verbandsklagerecht für Tierschutz beschlossen.

Dies ist zunächst ein Schritt in die richtige Richtung, nur leider hat das Gesetz (Drucksache 15/6593) deutliche Schwächen und Einschränkungen. So gelten die Mitwirkungs- und Informationsrechte für Tierschutzverbände beispielsweise bei der Haltung von landwirtschaftlichen Nutzern erst ab sehr großen Tierplatzzahlen (z.B. bei Mastgeflügel ab 30.000).

*Grenzwerte  
zu hoch angesetzt*

Bundesweit einmalig ist zudem, dass die anerkannten Tierschutzverbände in Baden-Württemberg ein gemeinsames Büro einrichten müssen, um als zentraler Ansprechpartner den Behörden die Arbeit zu erleichtern. Dieser organisatorische und finanzielle Mehraufwand macht den Tierschutzorganisationen, die oft am Rande ihrer Belastbarkeit operieren, das Leben unnötig schwer.

*unnötige  
Stolpersteine*

Absolut fatal ist, dass das Gesetz bei Tierversuchen anstelle der üblichen Anfechtungs- und Verpflichtungsklage nur die Feststellungsklage vorsieht, welche erst nach der Genehmigung des Tierversuchs möglich ist, wodurch dieser nicht mehr verhindert werden kann. Im Gesetz selbst ist dazu zu lesen:

„Der Gesetzentwurf(!) stellt insofern einen Kompromiss dar, der den Beteiligungsansprüchen der Tierschutzorganisationen gerecht werden soll, ohne die Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren im Bereich von Tierversuchen (...) unzumutbar einzuschränken.(...) Einerseits wird den berechtigten Interessen der Forschung auf einen möglichst „reibungslosen“ Erhalt von Genehmigungen für Tierversuche Rechnung getragen, da mittels einer Feststellungsklage ein laufendes Tierversuchsgenehmigungsverfahren nicht gerichtlich „blockiert“ werden kann (...).

*fatale  
Kompromisse*





## Verbandsklagerecht

Andererseits wird den anerkannten Tierschutzorganisationen die Möglichkeit, Tierversuchsgenehmigungen gerichtlich nachprüfen zu lassen, aber auch nicht vollständig verweigert.“

Diese erhebliche Einschränkung im Bereich der Tierversuche erfolgte nicht zuletzt auf Druck des grünen Wissenschaftsministeriums. Laut Bund gegen Missbrauch der Tiere und Ärzte gegen Tierversuche stellte die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer in Frage, ob die Verbandsklage überhaupt vereinbar sei mit den Interessen der Wissenschaftler. Forschende Institutionen hätten zahlreiche Wünsche an sie herangebracht, wofür nun Regelungen gefunden worden seien, unter anderem durch Reduktion des Klagerechts auf die Feststellungsklage.

Dieser tierversuchsfreundliche Kurs der grünen Ministerin überrascht nicht. In ihrer Pressemitteilung vom 04.05.2015 gab sie beispielsweise bekannt, die Entscheidung von Nikos Logothetis, die Versuche mit Primaten am MPI Tübingen einzustellen, zu bedauern.

Sie fügte sogar hinzu: „Trotz aller Bemühungen um die Etablierung von Alternativmethoden (...) ist es unstrittig, dass wir auf absehbare Zeit nicht auf tierexperimentelle Forschung – auch an nichthumanen Primaten – verzichten können“.

**Im Gegensatz zu den Grünen fordert die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, Tierversuche generell zu verbieten und durch moderne Alternativmethoden zu ersetzen. Zudem werden wir uns für eine konsequente Verbesserung des Mitwirkungs- und Verbandsklagerechts in Baden-Württemberg einsetzen. Wie die überwiegende Zahl der Tierschutzverbände lehnen wir die Verpflichtung zur Einrichtung eines gemeinsamen Büros ab und fordern die Streichung der Schwelle großer Tierplatzzahlen bei der Haltung von Nutztieren. Wir verlangen zudem, dass Tierschutzverbände mittels einer Anfechtungsklage gegen bereits genehmigte Tierversuche vorgehen können.**

tierversuchsfreundliche  
Grüne

Tierversuche durch  
moderne Alternativ-  
Methoden ersetzen

## ***Tierversuche abschaffen***

Des Weiteren soll eine Herausgabe der noch im Institut befindlichen Affen und deren Umsiedlung in artgerechte Haltung erreicht werden.

Durch die Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe für sinnlose Tierversuche bleibt zu wenig für die Erforschung alternativer Methoden (bildgebende Verfahren, Zellkulturen, Bio-Chips). Die Schädlichkeit von Substanzen kann in tierversuchsfreien Verfahren sehr viel eindeutiger und schneller festgestellt werden. Pestizide und Herbizide sollen generell nicht mehr genehmigt werden.

*Vergeudung von  
Steuergeldern*

Ursachenforschung, statt immer wiederkehrende Versuche an künstlich krank gemachten schwächeren Lebewesen, ist das Mittel der Wahl einer nachhaltigen Denkweise. Dass dieser moderne und zeitgemäße Wissenschaftszweig gefördert wird, dafür setzen wir uns ein. Fortschritt bedeutet für uns, alte Wege, die sich nachweislich nicht bewährt haben, zu verlassen und ethische Verantwortung gegenüber allen Lebewesen zu übernehmen.

Tierversuche in der Lehre wollen wir an baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten abschaffen.

Sicherheit und Klarheit kann nur geschaffen werden mit einem ausnahmslosen Verbot aller Tierversuche in der Grundlagenforschung, der Gentechnik, der Medizin, in der Toxikologie und Produktentwicklung, in der Rüstungs- und Weltraumforschung, in der Lebensmittel- und Pharmaforschung, für Alltagsprodukte ebenso wie in Abwassertests. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

*alle Tierversuche  
konsequent verbieten*



## Tierversuche abschaffen



Irreführung der  
Bevölkerung

Tierversuche sind nicht auf den Menschen übertragbar und werden daher von uns strikt abgelehnt. Vielmehr sind sie durch diesen Aspekt als gefährlich für das Wohl der Menschen einzuordnen. Die Ursachen menschlicher Krankheiten bilden keinen Zusammenhang mit den Resultaten von Versuchen mit künstlich geschädigten Tieren. Die Profiteure dieser grausamen Art von Tierausbeutung nutzen die dafür verwendeten Steuergelder, um ihre Karrieren zu fördern und tragen verantwortungslos zu einer Irreführung der Bevölkerung bei. Der Versuch am Tier dient nicht zuletzt dazu, Regressforderungen abzuwehren, wenn Schäden beim Menschen, z.B. durch Medikamente, entstehen.

Die Methode Tierversuch verursacht Schmerzen, physische und/oder psychische Leiden und Schäden und endet mit dem Tod der Versuchstiere. Die missbrauchten Tiere sind zudem oft Wildfänge, die ihrem Sozialgefüge entrissen wurden, was somit zum Artenschwund beiträgt.

Noch immer wird in Baden-Württemberg mit altertümlichen Methoden an Primaten und anderen Spezies geforscht.

Profilierung der  
Wissenschaftler

Tierversuche sind ethisch und moralisch verwerflich und dienen lediglich der Profilierung der durchführenden Wissenschaftler. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich aktiv dafür ein, dass die durch vom Landwirtschafts- und Wissenschaftsministerium kontrollierten Regierungspräsidium Tübingen genehmigten Experimente an Affen an den drei Tübinger Instituten nicht weiter verlängert werden, falls eine Verlängerung beantragt wird.

## ***Webcam-Pflicht für Schlachthöfe und (Massen-)Tierbetriebe (und somit die Kontrolle durch Veterinärämter durch die der Öffentlichkeit erweitern)***

Undercover-Recherchen bringen es immer wieder an den Tag: Die hinter hohen Mauern durchgeführte Schlachtung lädt zu Misshandlungen der schutzlosen Wesen ein. Schlecht ausgebildetes Personal ist überfordert mit dem Umgang seiner angesichts des bevorstehenden Todes panischen Opfer und dem herrschenden Akkordtöten. Hier ist Transparenz gefordert. Eine mögliche Teilnahme der Öffentlichkeit sorgt für Aufklärung darüber, welchen Produktionsprozess das später verpackte Stück Fleisch aus dem Supermarkt durchlaufen muss.

**Daher fordern wir eine Webcam-Pflicht für Schlachthöfe und industrialisierte Tierhaltung.**

## ***Massentierhaltung bekämpfen / Bio-vegane Landwirtschaft fördern***

In der industrialisierten Tierhaltung leben und sterben allein in Deutschland über 830 Mio. Tiere pro Jahr (Stand 2013; exkl. Fische in Aquakultur).

Die Tiere werden gewaltsam den Haltungsformen angepasst: Hörner, Ringelschwänze, Schnäbel und Zähne werden ohne Betäubung gekürzt/abgetrennt.

Wesentliche Grundbedürfnisse der Tiere werden ignoriert und ihre Bewegungsfreiheit wird in quälerischem Ausmaß erheblich eingeschränkt.

Um die Tiere unter den schlechten Bedingungen am Leben zu halten, erhalten sie routinemäßig Antibiotika. Der Weg zur Schlachtbank ist ein weiterer Schritt des Grauens über lange Transportwege bis hin zum Schlachthof. Tiere aus der Bio-Haltung nehmen häufig keinen "besseren" Abgang aus dem Leben.

Skandale über Putenmastbetriebe und ähnliche Formen der Massentierhaltung wurden in letzter Zeit regelmäßig in der Presse thematisiert.

*über 830 Mio. Tiere  
betroffen*

*Skandale pflastern  
den Weg*



## **Massentierhaltung bekämpfen / Bio-vegane Landwirtschaft fördern**

keine weiteren  
Tierhaltungs- oder  
tötungseinrichtungen

Baden-Württemberg soll kein Land der Massentierhaltung wie etwa Niedersachsen werden.

Betriebe, die auf bio-vegane Landwirtschaft umstellen, sollen eine ausreichende Form der Subventionierung erhalten, um diese Umstellung zu ermöglichen. Neue Genehmigungen für Tierhaltungs- oder -tötungseinrichtungen lehnen wir ab. Betriebe, die noch Tierhaltung betreiben, müssen diese so artgerecht wie möglich machen. Das bedeutet, dass die Tiere im ganzjährigen Familienverband leben, sprich weibliche und männliche Tiere leben im Herdenverband zusammen. Ebenso bleiben die Kälber bei ihren Müttern (und trinken ihre eigene Milch), so dass eine möglichst natürliche Lebensweise beibehalten wird.

Solange Schlachtungen noch nicht ganz abgeschafft sind, sollen sie nur noch so durchgeführt werden dürfen, dass Schmerzen, Angst und Leid für das zu schlachtende Tier und seine Herdenmitglieder vermieden werden. Dies ist nur möglich durch eine Betäubung auf der Weide und einen Abtransport ohne Bewusstsein. Der Tod wird am betäubten Tier in einer mobilen Schlachtbox herbeigeführt.

Konsumverhalten  
ändert sich

Diese möglichst leidarm gewonnenen Tierprodukte, die nicht auf Masse ausgerichtet sind, helfen nicht nur Tierleid zu vermindern, sie führen auch zu deutlich höheren Preisen für Tierprodukte. Dies regt ein neues Bewusstsein im Umgang mit Lebensmitteln an. Natürlich sind Tierprodukte wie Fleisch, Milch und Eier aus solchen auf weniger Tierleid ausgerichteten Betrieben gesundheitlich oder ethisch nicht völlig unbedenklich, aber deutlich unkritischer als aus Massentierhaltung. Ein aus dem Preisanstieg resultierender Konsumrückgang von Tierprodukten wird zudem Krankheiten wie Krebs, Schlaganfälle, Alzheimer, Diabetes, Impotenz und Fettleibigkeit deutlich verringern.

## ***Kükenmord stoppen***

Jährlich werden in Deutschland ca. 40 Millionen frisch geschlüpfte Küken in industriellen Zuchtbetrieben auf grausame Weise im Schredder oder durch Kohlenmonoxid getötet. Weil sie männlich sind, niemals Eier legen werden und auch nicht die geforderte Masse an Brustfleisch zulegen können, sind sie für die Eier- und Fleischindustrie unrentabel.

*unrentables Leben*

**Dieser lebensverachtende Umgang mit fühlenden Wesen ist nicht länger hinnehmbar.**

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert deshalb ein sofortiges Ende des grausamen Kükenmordes. Solange Tiere noch ausgebeutet werden, dürfen sie zumindest nicht aus der reinen Profitmaximierungsgesinnung getötet werden, denn dies ist bereits laut dem geltenden Tierschutzgesetz kein „vernünftiger Grund“. Bis komplett auf Tierhaltung verzichtet wird, muss die Eier- und Fleischindustrie daher andere Wege finden, z. B. indem nicht mehr auf Höchstleistungen gezüchtet wird, sondern auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Fleischansatz und Anzahl gelegter Eier pro Jahr.

*Profitmaximierung  
ist kein Grund*

**NRW ist in dieser Angelegenheit Vorreiter und hat als erstes Bundesland den Kükenmord verboten. Baden-Württemberg muss hier nachziehen.**





## ***Abschaffung der Ohrmarkenpflicht zur Kennzeichnung von „Nutztieren“, Wahlmöglichkeit für Transponderkennzeichnung***

Seit der BSE-Krise wurde es Vorschrift, Rinder an beiden Ohren mit gelben Doppel-Ohrmarken zu kennzeichnen, um die Identität der einzelnen Tiere und die Rückverfolgbarkeit der Produkte zu sichern. Laut einer EU-Verordnung sind alle Tiere eines Betriebes, die für den innergemeinschaftlichen Handel bestimmt sind, an beiden Ohren mit Ohrmarken zu kennzeichnen, um die einzelnen Tiere und ihre Geburtsbetriebe identifizieren zu können.

*schmerzhafte, veraltete  
Methoden*

Die Verwendung von Ohrmarken führt zu Schmerzen beim Einsetzen, einem hohen Wundinfektionsrisiko und – durch häufiges Ausreißen – zu Schädigungen der Funktionsfähigkeit und weiteren schmerzhaften Prozessen.

Als schmerzfreie eindeutige Identifizierungsform wählen fortschrittliche Landwirte mit Tieren in möglichst artgerechter Haltung (beispielsweise im Freilandherdenverband) eine andere Art der Tierkennzeichnung, nämlich mit einem Mikrochip, einem sog. Transponder.





## ***Abschaffung Ohrmarkenpflicht zur Kennzeichnung von „Nutztieren“, Wahlmöglichkeit für Transponderkennzeichnung***

Dieser etwa reiskorngroße Chip (12 mm x 2 mm), der zur Kennzeichnung von Pferden bereits gesetzlich vorgeschrieben ist (!) und auch bei Haustieren verwendet wird, kann den Tieren schmerzfrei implantiert werden. Der Chip (ausschließliche Verwendung von Chips nach ISO-Norm) belastet und stört das Tier nicht, er sendet keinerlei Radiowellen aus, ist komplett passiv. Erst beim Ablesen kommt ein Sender ins Spiel. Das Lesegerät sendet und regt dadurch den Chip an, seine Daten, nämlich eine 15-stellige Identifikationsnummer, zu übertragen. Die Chips gelten als fälschungs- und manipulationssicher.

*bei Pferden und  
Haustieren bereits  
vorgeschrieben*

Die einheitlichen Lesegeräte für die Transponder sind nicht nur beim Tier-eigentümer, sondern auch bei Veterinärämtern, Tierärzten, Ordnungs-ämtern und der Polizei vorhanden.

Zu jedem Tier werden zusätzlich die von der zuständigen Landwirtschafts-behörde zugeteilten Ohrmarken und die Rinderpässe in einer Kartei aufbewahrt, in der auch die Geburtsdaten und die im Chip gespeicherte Identifikationsnummer schriftlich vermerkt sind.

Landwirte, die diese alternative Methode bei ihren Tieren anwenden, um ihnen unnötige Schmerzen zu ersparen, werden aktuell noch mit einer Streichung sämtlicher Agrarsubventionen bestraft!

*Bestrafung für  
sinnvolle Methoden*

Hier ist dringend ein Umdenken angesagt. Industrie 4.0 steht vor der Tür und in der Landwirtschaft werden moderne Methoden abgestraft. Durch die Kennzeichnung der Tiere mit Transponder ist das Ziel der EU-Richtlinie (nämlich die jederzeit mögliche Rückverfolgung der Herkunft) vollum-fänglich gewährleistet. Als ob "Nutztiere" zwanghaft gequält und von Ver-besserungen ausgeschlossen werden müssten.

**Wir fordern die Anerkennung der Kennzeichnung von "Nutztieren" mittels Transponder als gleichwertige Maßnahme.**



## Stadtauben, unsere gefiederten Mitbewohner



nutzlose  
Verbote

Die Meinungen, woher sie kommen, gehen auseinander. Aber egal, ob sie wilden Ursprungs oder unterversorgte ehemalige Haustiere sind, die in der Stadt ihr Durchkommen suchen, es handelt sich um Lebewesen. Und für sie gilt der tierschutzrechtliche Grundsatz, dass niemand Tieren ohne Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. Das Konzept unseres Bundesarbeitskreises (BAK) Stadtauben beinhaltet die Einrichtung betreuter Nistplätze (Taubenschläge), kontrollierter Futterplätze (Krankheitsvermeidung) und die Beratung und Aufklärung der Bürger\_innen, die die gefiederten Stadtbewohner\_innen als Problem sehen. Hier werden Befürworter\_innen und Skeptiker\_innen gleichermaßen eingebunden, was für einen nachhaltigen Erfolg durch Umdenken steht. Restriktive Maßnahmen wie ein generelles Fütterungsverbot sind nutzlos. Tauben brauchen spezielles Körnerfutter. Die Schwärme drängen nur in die Innenstädte, wenn außerhalb kein artgerechtes Futter zur Verfügung steht.

**Wir setzen uns für eine Verpflichtung zur konsequenten Umsetzung des BAK-Konzeptes durch die Kommunen ein.**

## Jagd verbieten



Wildtierpopulationen regulieren sich ohne menschliches Zutun aufgrund von Sozialgefügen sowie Umwelteinflüssen wie Nahrungsangebot und Krankheiten. Durch die Jagd werden stabile Sozialstrukturen zerstört. Zudem werden Wildtiere im Winter oft von Jägern gefüttert. Wildtiere haben kaum noch feste Reviere mit beständiger Paarbindung, sie wandern umher und pflanzen sich unkontrolliert fort. So bedingt die Jagd nicht nur einen Anstieg der Geburtenrate, sondern trägt darüber hinaus zur Verbreitung potenzieller Krankheiten bei.

Die Jagd wird häufig als Sport betrieben und ist nur fadenscheinig dem Allgemeinwohl geschuldet.

Füchse z.B. sind keine Gefahr für den Artenschutz. Die Jäger hingegen sind neben Lebensraumverlust und schwindendem Nahrungsangebot mit ein Grund für Populationsrückgänge bedrohter Arten wie beispielsweise Auerhuhn oder Feldhase, denn sie töten in Deutschland selbst jährlich mehr als 200.000 Feldhasen.

Äcker sind durch ausreichend stabile Zäune zu schützen und nicht durch Jagd.

*Die Natur reguliert  
besser als der Mensch*

*Zäune schützen besser  
als Jäger*



## ***Ein artgerechtes Leben von Tieren ist im Zirkus nicht möglich.***

**Tierquälerei  
beenden**

Ein Zirkusunternehmen kann die Bedürfnisse, die Löwen, Affen, Bären oder Elefanten haben, nicht ansatzweise befriedigen. Tiere im Zirkus fristen ein stumpfes Dasein auf engstem Raum. Ihr Gefängnis dürfen sie nur verlassen, um unter quälerischen Bedingungen entwürdigende Kunststücke, die nicht ihrer Natur entsprechen, zu erlernen und zur Schau zu stellen.

Die Tierquälerei beginnt bereits in der Heimat der Wildtiere. Tierfänger machen Jagd auf Lebewesen aller Arten.

Unterhaltung, die auf der Misshandlung von Tieren basiert, darf nicht länger toleriert werden.

Nachdem auf Bundesebene trotz zweifachem Entschließungsantrag des Bundesrats (2003 und 2011) keine Handlungsbereitschaft beim zuständigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zu erkennen ist, müssen wir auf Landesebene das Thema entschlossen angehen. Wir fordern landesweit ein Auftritts-verbot auf öffentlichen Flächen für Zirkusdarbietungen mit Tieren.

**20 EU-Länder haben  
es bereits begriffen**

In ca. 20 europäischen Ländern dürfen Zirkusse mit (Wild-)Tieren schon nicht mehr auftreten.

Der Chinesische Nationalzirkus, der englische Zirkus Swamp, FlicFlac, Roncalli, Salomé und Cirque du Soleil sind schöne Beispiele dafür, dass Zuschauer auch ohne Tierqualnummern zu begeistern sind.



## ***Verbot des Handels mit als gefährlich eingestuften exotischen Tieren***

Exoten sind aus der Freiheit gefangene Tiere oder deren Nachzuchten. Dazu gehören verschiedenste Säugetiere, Vögel, Fische, Reptilien und Amphibien, Insekten und Spinnentiere. Sie sind bei uns nicht heimisch und nicht domestiziert und damit an das Zusammenleben mit Menschen nicht gewöhnt. Die hiesigen Umwelt- und Klimabedingungen sind für sie fremd und meist unverträglich.

*fremde Umwelt- und  
Klimabedingungen*

Die oft geringen Anschaffungskosten (vermehrt über das Internet) verbunden mit der Unkenntnis über die zu erwartende Größe des ausgewachsenen Tieres, das mögliche Alter und die aufwändigen Haltungsansprüche haben die Anschaffung in den letzten Jahren sprunghaft ansteigen lassen.

*minimalistische  
Lebenserwartung  
garantiert*

90% der für die Heimtierhaltung wild gefangenen Reptilien überleben nicht einmal ein Jahr in Gefangenschaft (natürliche Lebenserwartung liegt zwischen 8 und 120 Jahren). 51% der Tiere sterben aufgrund von Haltungsfehlern.

Zusätzlich erschwerend kommt hinzu, dass Tierärzte sich nicht mit den fremden Lebensformen auskennen. Folgeprobleme aus der Anschaffung von exotischen Tieren sind außerdem, dass Tierheime mit der Aufnahme ausgesetzter oder abgegebenen Tiere überfordert sind, da sie keine artgerechten Unterbringungsmöglichkeiten haben.

*Tierärzte und Tierheime  
überfordert*

Da eine artgerechte Haltung von exotischen Tieren wegen ihrer andersartigen Bedürfnisse in Bezug auf Klima, Bewegung, Verhalten, Lebenserwartung, Ernährung und Sozialstruktur in einem Privathaushalt noch weniger möglich ist als bei "Haustieren" wie Hund und Katze, setzen wir uns für ein generelles Anschaffungsverbot für exotische Tiere ein.

*artgerechte Haltung  
unmöglich*

Ein weiteres massives Problem ist die Tatsache, dass viele exotische Tiere quasi nur Lebendfutter akzeptieren, die Verfütterung lebender Tiere jedoch in Deutschland verboten und zudem aus Tierschutzgründen höchst fragwürdig ist, aber trotzdem in vielen Fällen praktiziert wird.

*Problem  
Lebendfutter*

**Auf Landesebene ist es möglich, den Handel mit als gefährlich eingestuften exotischen Tieren zu verbieten. Diese Möglichkeit wollen wir umsetzen, um die Situation bis zu einer bundesweiten Regelung zumindest zu verbessern.**



## Abschaffung der Hunde-Rassen-Liste

unhaltbare  
Diskriminierung

Für bestimmte Hunderassen gelten strenge Vorschriften: die Hunde werden durch pauschale Gefährlichkeitsunterstellung als sog. „Kampfhunde“ bzw. Kat.-I-Hunde, Kat.-II-Hunde stigmatisiert und in Folge dieser Diskriminierung wird deren Haltung untersagt.

Wissenschaftlich ist es unhaltbar, einzelne Rassen generell als gefährlich zu diskriminieren. Die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse ab, sondern von seiner Erziehung sowie den Haltungsbedingungen und damit letztendlich von der Sachkunde des Hundehalters.

So ergab eine Studie, dass Hunde die eine sachgemäße Ausbildung erhielten an 17% der Beißvorfälle, Hunde ohne Ausbildung an 83% der untersuchten Beißvorfälle beteiligt waren.

In Baden-Württemberg sind folgende Hunderassen von der Kampfhundeverordnung betroffen: Bullmastiff, Mastiff, Pit-Bull-Terrier, Bullterrier, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier, Dogo Argentino, Dogue de Bordeaux, Fila Brasileiro, Mastin Espanol, Mastino Napoletano, Tosa Inu (Stand März 2009)

**Wir fordern die Abschaffung der diskriminierenden Rasseliste.**





## ***Hundesteuer***

Die Hundesteuer ist eine Aufwandsteuer, die in den Kommunen erhoben wird. Sie dient damit ausschließlich als Einnahmequelle der Gemeinden und kommt weder hundebezogenen Projekten zugute, noch wird sie für die Beseitigung von Hundekot o.ä. verwendet. Eine derartige Steuer wird ausschließlich auf die Haltung von Hunden, nicht auf die Haltung anderer Tiere erhoben. Die Höhe des Steuersatzes ist willkürlich und variiert deutschlandweit von Gemeinde zu Gemeinde erheblich.

*willkürliche  
Erhebung*

So stellte die Stiftung Warentest in einem Vergleich von 70 Städten und Gemeinden im Jahr 2015 Beträge zwischen 0 und 186 Euro pro Jahr fest. Die Kommunen haben die Möglichkeit, in ihren Satzungen Regelungen zu Befreiungsmöglichkeiten von der Hundesteuer festzulegen.

Um die Adoption von Hunden aus Tierheimen sowie von Fund- und Straßentieren aus dem In- und Ausland zu unterstützen, setzt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz für die Abschaffung der Hundesteuer für adoptierte Hunde ein. Auf Landesebene wollen wir im Falle von Kommunen, die eine Hundesteuer für adoptierte Hunde erheben, entsprechende Ausgleichszahlungen an betroffene Hundehalter einführen.

*Adoption von Hunden  
aus Tierheimen  
fördern*

**Wir fordern die Abschaffung der Hundesteuer für adoptierte Hunde.**





## *Sachkundennachweis für Tierhalter*

Um die artgerechte Haltung von Haustieren gewährleisten zu können, ist es dringend erforderlich, eine Art Haustier-Führerschein einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Mindestmaß an Wissen über die richtige Ernährung, richtiges Verhalten dem Tier gegenüber und ein Verständnis über dessen Bedürfnisse beim künftigen Tierhalter vorhanden ist und somit dem Tier ein würdevolles und gesundes Leben ermöglicht sowie Probleme mit Mitmenschen vermieden werden.

Die heutzutage leider triviale Haustieranschaffung muss durch Aufklärung und Nachweis von Wissen über das gewünschte Tier erschwert werden. Nur wer wirklich verstanden hat, was es bedeutet, sich um ein anderes Lebewesen bis zu dessen Tod zu kümmern und dies mit einem Haustier-Führerschein auch belegen kann, sollte die Erlaubnis bekommen, sich ein Tier anzuschaffen. Nur so kann verhindert werden, dass z.B. ein Schäferhund in einer viel zu engen Mietwohnung gehalten wird, Kleintiere ohne ausreichend Auslauf leben müssen oder Kaninchen falsch ernährt oder einzeln gehalten werden. Bereits vor über 20 Jahren wurde dies vom Tier- und Naturschutzverein (TUN) gefordert und wir fordern dies nach wie vor!

**Daher fordern wir die Einführung eines Sachkundenachweises für jede Person, die einem Tier ein Zuhause geben möchte. Dieser wird kostenpflichtig sein, außer, wenn das Tier aus dem Tierheim oder als Fundtier adoptiert wurde.**

verantwortlicher  
Umgang mit  
Lebewesen



## Grünbrücken

Deutschland hat mit 1,8 km Straße pro km<sup>2</sup> eines der dichtesten Straßennetze der Welt. Was den Menschen in unserem Land große Freiheit verschafft, ist für viele Tierarten wie Wildkatzen ein nahezu unüberwindbares Hindernis. Die Zahl der Tierunfälle auf deutschen Straßen steigt seit Jahren kontinuierlich an – im Jahr 2012 wurde mit 258.000 Zusammenstößen mit Rehen, Wildschweinen und anderem Wild allein ein trauriger Höchststand erreicht. Vor allem Autobahnen, die für Tiere beinahe unmöglich zu passieren sind, zerschneiden deren Lebensräume permanent. Doch auch kleine Tiere wie Kröten fallen in viel zu vielen Fällen Autos zum Opfer.

*Zahl der Auto-Tier-  
Unfälle steigt*

Seit den 2000er Jahren wandern gerade Wildkatzen aus den Vogesen wieder stärker nach Baden-Württemberg ein. Ob Schwarzwald oder Pfälzerwald – die Wildkatze fühlt sich bei uns wohl. Diese begrüßenswerte Entwicklung muss daher durch Wanderungshilfen unterstützt werden. Wanderungshindernisse können nur durch Grünbrücken über und Tunnel unterhalb von Straßen reduziert werden.

*Schaffung von  
Wanderhilfen*

**Wir fordern daher einen verstärkten Ausbau von Kreuzungsbauwerken sowie Zäunen und ähnlicher Technik, um der zunehmenden Landschafts- und Habitatzerschneidung entgegenzuwirken sowie Straßenüberquerungen für die Tiere zu vereinfachen und sicherer zu machen. Ebenso wollen wir bestehende Projekte von Tier- und Umweltschutzvereinen in diesem Bereich unterstützen.**



## Stärkere Kontrollen bei der Einhaltung des Tierschutzgesetzes

Zweck des Tierschutzgesetzes (TierSchG) ist es, „aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“ Die Definition ‚ohne vernünftigen Grund‘ als Basisbegriff des TierSchG liegt vor, wenn der Grund als triftig, einsichtig und von einem schutzwürdigen Interesse getragen anzuerkennen ist und wenn er unter den konkreten Umständen schwerer wiegt, als das Interesse des Tieres an seiner Unversehrtheit und an seinem Wohlbefinden.

Das Tierschutzgesetz umfasst nach dem o.g. Grundsatz gemäß Abschnitt 1 folgende Punkte:



- die Tierhaltung (Abschnitt 2),
- das Töten von Tieren (Abschnitt 3),
- Eingriffe an Tieren (Abschnitt 4),
- Tierversuche (Abschnitt 5),
- Tierschutzbeauftragte (Abschnitt 6),
- Zucht, Haltung von Tieren, Handel mit Tieren (Abschnitt 7),
- Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot (Abschnitt 8),
- Sonstige Bestimmungen zum Schutz der Tiere (Abschnitt 9),
- die Durchführung des Gesetzes (Abschnitt 10),
- Straf- und Bußgeldvorschriften (Abschnitt 11),
- Übergangs- und Schlussvorschriften (Abschnitt 12).

Eine Novellierung des Tierschutzgesetzes trat am 13. Juli 2013 in Kraft. Eine Reihe von Neuerungen ist damit verbunden, darunter unter anderem Bestimmungen zu den Versuchstierrichtlinien, dem sexuellen Missbrauch (Zoophilie), zur Anwendung des Qualzuchtverbotes und zur Nutztierhaltung.

Tiere werden von vielen Menschen zunehmend als fühlende Wesen anerkannt und nicht länger als Sachen definiert. Demnach muss auch per Gesetzeslage eine Verbesserung und eindeutige Verantwortung für das Wohl von Tieren aus den festgelegten Bestimmungen hervorgehen. Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen.

Das TierSchG in Deutschland hat weiterhin viele Lücken und ist völlig unzureichend. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Einhaltung und

## **Stärkere Kontrollen bei der Einhaltung des Tierschutzgesetzes**

Kontrolle des bestehenden Tierschutzgesetzes umso konsequenter umzusetzen.

Kontrollen zur Einhaltung des Tierschutzgesetzes machen Sinn, wenn sie konsequent und durch zugelassene und geprüfte Gremien durchgeführt werden. Fakt ist, dass Kontrollen diverser Art oftmals aus verschiedenen Gründen gar nicht oder nicht in ausreichendem Maße stattfinden. Die Kontrollinstanzen sind oftmals nicht oder unzureichend ausgebildet, um ihrem Auftrag nachgehen zu können. Es gibt auch positive Beispiele wie Kontrolle des TierSchG funktionieren kann.

*Kontrollinstanzen  
fehlt die Ausbildung*

Sicherlich ist dies aber weiterhin eher die Ausnahme und betrifft in der Regel die NGOs (non-governmental organizations) wie z.B. die Organisation 'Animals' Angels'. Die Anzahl der ausführenden Kontrollstellen, die dafür zugelassen sind, ist in der Regel nicht praxistauglich, oder gar bedenklich, da hierfür bisher keine weiteren Kapazitäten geschaffen werden (z.B. Veterinärämter, geschultes Personal auf Tiertransporten etc.). Die stichprobenartigen Prüfungen und Methoden (z.B. in Schlachthäusern, bei Tiertransporten etc.) tragen bisher nicht annähernd dem Bedarf nach erforderlicher Kontrolle Rechnung.

Der Frage nach den unterschiedlichen Interessenlagen von Industrie und Wirtschaft (Fleischindustrie, Pharmaindustrie etc.), verglichen mit dem in Kauf genommenen Leid von Tieren, folgt automatisch die Frage nach der Vereinbarkeit von ethischen und ökonomischen Gesichtspunkten. Wie viel Leid fügen Menschen Tieren weiterhin zu, obwohl dies fragwürdig und ethisch nicht vertretbar ist (Tierversuche, Schlachtung und Behandlung von fühlenden Wesen ohne Betäubung, Pelztiere etc.). Konflikte zwischen einzelnen Interessenvertretern sind vorprogrammiert und dennoch sind wir Menschen diejenigen, die die alleinige Verantwortung tragen und genauestens abwägen müssen, wie viel Profit es uns wert ist, Tieren diese Qualen aufzubürden.

*unsere ethische  
Verpflichtung*

**Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, stehen für konsequenten Tierschutz und dies bedingt unter anderem eine verschärfte Einhaltung und Verstärkung der Kontrollen des Tierschutzgesetzes.**

Der bestehenden Gesetzeslage zum Tierschutz fehlt es bisher weiterhin an Umsetzung und Nachweisbarkeit. Es fehlt die Transparenz, um die be-



## **Stärkere Kontrollen bei der Einhaltung des Tierschutzgesetzes**

stehenden Missstände aufzudecken und es ist zu befürchten, dass dies in Teilen so beabsichtigt ist.

Die Komplexität der Gesetze zum Schutz von Tieren ist immens. Auch dies führt zu unterschiedlichen Wissensständen und Auslegungsunterschieden. Dies darf nicht zum Nachteil von Tieren geschehen.

**Wir fordern intensivere Kontrollen zur Einhaltung der bestehenden Gesetze zum Schutz von Tieren. Tiere dürfen nicht länger ausgebeutet und ohne Sinn benutzt werden, egal für welche Zwecke. Die bisher erfolgten Reformen waren nur oberflächliche Korrekturen.**

Die heutige Form der Massentierhaltung ist nicht akzeptabel und hinnehmbar, wenn wir Menschen auch unsere Gesundheit und die Umwelt schützen wollen. Es ist absehbar, dass Tierleid langfristig auch der Feind des Menschen sein wird, wenn wir nicht umdenken und handeln. Den Begriff Nutztier lehnen wir ab, denn wir müssen keine Tiere benutzen, um gesund leben zu können und dürfen uns diese Definition nicht anmaßen, wenn es uns ernst ist mit dem Schutz von Lebewesen jeglicher Art.

Umdenken  
ist notwendig

**Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, arbeiten sowohl an der Verbreitung des Tierschutzgedankens allgemein, als auch an expliziten Einzelthemen, für die dringender Handlungsbedarf zu Gunsten von Mensch und Tier besteht. Je mehr Stimmen wir von unseren Wählern auch auf Landesebene erhalten, desto größer werden langfristig die Chancen sein, Missstände bei den zuständigen Instanzen offen anzusprechen und Druck auf den Ebenen auszulösen, die sich bisher nicht zuständig fühlen. Veränderungen für eine Verbesserung der Kontrollen des Tierschutzgesetzes müssen gezielt vorbereitet werden, wenn wir unsere Zukunft auf einem vernünftigen und funktionstüchtigen System ohne Tierqual und Ausbeutung ausrichten wollen. Hierfür zählen wir auf Sie und Ihre Stimme am 13. März 2016 zur Landtagswahl in Baden-Württemberg.**

## **Bundesrat**

Außerdem werden wir uns natürlich im Bundesrat für die Themen aus unserem Grundsatzprogramm einsetzen, die nicht auf Landesebene beschlossen werden können.



## ***Einige unserer Kandidierenden***



Matthias Ebner



Claudia Franke



Suzi Oliveira



Matthias Gottfried



Sonia-Ellen Hoesl



Katja Annalena Hoesl



Maren Zimko-Zoffer



Dr. Katrin Wiegand



Claus-Peter Ebner



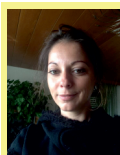
Adelheid Frank



Christine Batt



Dirk Witzelmaier



Patricia Kopietz



Viktor Storz



Dr. Jessica Frank

## ***Impressum***

**PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**  
**Landesverband Baden-Württemberg**

### **Geschäftsstelle (inhaltlich verantwortlich)**

Matthias Ebner  
Hölderlinstr. 10  
75233 Tiefenbronn  
Mobil: 0160 90 15 33 20  
E-Mail: matthias-ebner (at) tierschutzpartei.de

### **Gemeinsam vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder**

1. Vorsitzender: Matthias Ebner
2. Vorsitzende: Coryn Weber-Castoldi

**Im Ausnahmefall zu zweit vertretungsberechtigte  
Vorstandsmitglieder**



# LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2016

## Baden-Württemberg

Letzte Seite vor der Wahl



zur Landtagswahl am 13.03.2016

